

## Diskussionsbeiträge

**Werner Link:**

1. Einleitend sei betont, dass ich in der Sache weitgehend mit Andreas Wirschings Einordnung der USA-Politik in Bundeskanzler Kohls Außenpolitik übereinstimme. Ich verwende nur ein anderes Interpretationsbild. Was Andreas Wirsching „die drei Kreise bundesdeutscher Politik“ nennt, bezeichne ich als ein „Orientierungsdreieck“ (in Anlehnung an Bundeskanzler Brandts Ausführungen am Ende seiner Regierungszeit über die drei „Richtpunkte“ der deutschen Außenpolitik). Die deutsche USA-Politik bis zur weltpolitischen Wende ist dann – in diesem Bild – die Basislinie, die Hypotenuse des Dreiecks. Damit wird die fundamentale Bedeutung der Beziehungen zu den USA bildhaft einsichtig. Diesbezüglich ist m.E. eine große Kontinuität in der Außenpolitik der „alten“ Bundesrepublik Deutschland von der Ära Adenauer bis zur Ära Kohl festzustellen – eine konzeptionelle (nicht unbedingt eine operative) Kontinuität.

2. Die konzeptionelle Kontinuität ergibt sich aus der außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe dafür vor zwanzig Jahren (in der Festschrift für Karl Dietrich Bracher, 1987) die Formel „Westbindung und Ostverbindungen“ vorgeschlagen – eine Formel, die auch Andreas Wirsching in seinem jüngsten Opus magnum verwendet.

Was die Westbindung betrifft, so muss man sich vergegenwärtigen, dass „der Westen“ ein zweigliedriges Kompositum ist bzw. war: a) die Atlantische Allianz mit den USA als Hegemonialmacht und b) die Europäische Gemeinschaft, in der die westeuropäischen Bündnisstaaten eigenständig organisiert waren bzw. sind. Die Ost-West-Beziehungen waren dominiert von den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten.

3. Diese komplexe internationale Struktur konditionierte die USA-Politik der Bundesrepublik Deutschland (bis zur weltpolitischen Wende): Die USA-Politik musste einerseits im systemischen Kontext der Supermächte-Beziehungen definiert und durchgeführt werden, andererseits im subsystemischen Kontext, d.h. in Relation zur EG-Politik. Daraus resultierte die Politik des Sowohl-als-auch, Westpolitik sowohl im atlantischen als auch im westeuropäischen Beziehungszusammenhang. Die Formel des Sowohl-als-auch hat Bundeskanzler Kohl immer wieder verwendet. Und da im sicherheitspolitischen Bereich die Atlantische Allianz und damit die USA Vorrang hatten, war im Konfliktfall nach dem Grundsatz „in dubio pro America“ zu entscheiden. Das war gewissermaßen die Regel.

4. Es ist jedoch interessant zu konstatieren, dass es in der Kohl-Ära mindestens zwei abweichende Fälle gab, in denen nicht „in dubio pro America“ entschieden wurde.

Fall 1: Das Problem der nuklearen Kurzstreckenraketen (SNF) in den Jahren 1988/89, also nach dem INF-Vertrag über die „doppelte Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenwaffen mittlerer und längerer Reichweiten (worauf Andreas Wirsching in seinem Vortrag schon eingegangen ist). Grob skizziert, sah die SNF-Kontroverse folgendermaßen aus: a) die Sowjetunion plädierte für eine dritte Null-Lösung bei den Kurzstreckenraketen; b) die USA (und Großbritannien) waren gegen eine dritte Null-Lösung und für die unverzügliche Modernisierung der 88 Lance-Raketen; c) die Bundesrepublik Deutschland forderte Verhandlungen über eine niedrige Obergrenze für beide Seiten (nach bzw. parallel zu Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, KSE); die Regierung Kohl/Genscher war gegen eine unverzügliche Modernisierung („zweite Nachrüstung“).

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher setzten sich gegen die USA durch! Der NATO-Beschluss vom 30. Mai 1989 beinhaltet die Verschiebung der „Modernisierungsfrage“; sie werde „im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung“ im Jahre 1992 zu behandeln sein. (Dass sich dann das Problem erledigt hatte, ahnte natürlich niemand!)

Fall 2: Entscheidung für das Eurokorps (1992). Die diesbezügliche Kontroverse entwickelte sich bereits im Lauf des Jahres 1991:

- Die gemeinsame deutsch-französische Initiative vom 14. Oktober 1991 für die Maastrichter EG-Konferenz regte u.a. an, eine eigenständige Verteidigung via WEU zu schaffen sowie ein Eurokorps aufzustellen. Dieser Teil der deutsch-französischen Initiative wurde von Großbritannien blockiert bzw. abgeboten (mit externer Unterstützung durch die USA).
- Zuvor, am 21. Februar 1991, hatte die amerikanische Regierung in einer scharfen Demarche die Bundesregierung (sowie andere verbündete Regierungen in Europa) gewarnt: „In our view, efforts to construct a European pillar by redefining and limiting NATO’s role, by weakening its structure, or by creating a monolithic bloc of certain members would be misguided. We would hope such efforts would be resisted firmly.“
- Entgegen dieser Warnung der USA beschlossen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand am 22. Mai 1992 in La Rochelle die Entwicklung der deutsch-französischen Brigade zum Eurokorps, um (wie es in der gemeinsamen Erklärung ausdrücklich hieß) „die Europäische Union mit Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns“ auszustatten.
- Joachim Bitterlich, des Kanzlers außen- und sicherheitspolitischer Berater, berichtet in seinem Buch „Mission Impossible?“ (2005), daraufhin sei „ein Sturm der Entrüstung“ in Washington ausgebrochen. Für manche sei der

Eurokorps-Beschluss „gleichsam Hochverrat an der Atlantischen Allianz“ gewesen.

5. Evidentermaßen waren die beiden Fälle von großer außenpolitischer Bedeutung. Wie sind die Abweichungen von der Maxime „in dubio pro America“ zu erklären?

Bezüglich des *ersten Falles* („Lance-Modernisierung“) bietet sich folgende Erklärung an: Kanzler Kohl nahm die beginnenden Veränderungen im internationalen System wahr – die Tendenz zur Abschwächung des Ost-West-Konflikts und zur Verstärkung der Ost-West-Zusammenarbeit in Europa. Deshalb konnte er sogar in einer wichtigen sicherheitspolitischen Frage (SNF) im Interesse der Ostverbindungen (die gerade im direkten Gespräch mit Moskau intensiviert worden waren) eine oppositionelle USA-Politik betreiben. Eine Entscheidung zugunsten des zweiten Bestandteils der deutschen Staatsräson, ohne den ersten Bestandteil aufzugeben!

Bezüglich des *zweiten Falles* („Eurokorps“) lautet die erklärende Interpretation: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Bipolarität, der Teilung Deutschlands und Europas war im internationalen System und im europäischen und atlantischen Subsystem die antagonistische Ost-West-Dichotomie nicht mehr strukturbestimmend. Die Entwicklung der EG/EU und Gesamteuropas wurde vorrangig. Bundeskanzler Kohl betonte zwar nach wie vor den Grundsatz Sowohl-als-auch. Aber im Konfliktfall konnte die europäische Orientierung handlungsbestimmend werden, ohne freilich grundsätzlich die USA-Verbindung und NATO-Bindung aufzugeben. Denn eine „Abkoppelung“ Europas von den USA dürfe es nicht geben (das war übrigens damals auch Mittelerrands Auffassung).

Zur weiteren interpretatorischen Einordnung sei verwiesen a) auf Kohls damalige Einschätzung, dass die künftigen geoökonomischen Kraftzentren der Welt USA, Europa und Japan/Korea sein würden, und b) auf die Rede des Generalinspektors Naumann auf der Kommandeurstagung in Leipzig am 12. Mai 1992, in der die künftige Welt als „multipolar“ beschrieben wurde; der oberste Soldat und Vertraute des Kanzlers erklärte ferner, die USA würden auch in Zukunft „als Verbündeter und potenter Wirtschaftspartner“ und „Freund“ „Einfluss in Europa ... haben, wenn auch nicht mehr lenkenden Einfluss“. Da Hegemonie bestimmender und lenkender Einfluss bedeutet, ist diese Aussage höchst bedeutsam.

6. Aus diesen kurzen Erörterungen kann man folgende zusammenfassende Schlussfolgerung ziehen: In der Kontroverse über die Lance-Modernisierung war die partiell oppositionelle USA-Politik der Regierung Kohl möglich, weil das internationale System und das europäische und atlantische Subsystem in tiefgreifender Veränderung begriffen waren, die der Bundesrepublik Deutsch-

land neue Chancen für ihre Ost- und Deutschlandpolitik eröffnen konnten. Kohls Besuch in Moskau, der im Oktober 1988 stattgefunden hatte, und Gorbatschows Gegenbesuch in Bonn, der zur Zeit der NATO-Tagung am 29./30. Mai 1989 unmittelbar bevorstand, fügten sich in diesen Prozess ein. Er sollte durch eine neuerliche Nachrüstung nicht gestört werden. So waren denn auch schließlich die USA zum Einlenken bereit (und der neue Präsident, George Bush, besuchte nach dem Brüsseler NATO-Gipfel sogar die Bundesrepublik Deutschland!). Was 1989 in Bewegung gekommen war, hatte zur Zeit der Eurokorps-Kontroverse bereits zum Zusammenbruch des alten internationalen Systems und zur Entstehung fundamental neuer internationaler Strukturen geführt. Weil sich das internationale und das europäische System inzwischen tatsächlich gravierend gewandelt hatten, war 1991/92 eine eigenständige europäische Politik unter deutsch-französischer Führung (Eurokorps) gegen den Einspruch der USA möglich geworden. Und der Beschluss über die Europäische Währungsunion, der zur selben Zeit gefasst wurde, beseitigte tendenziell das Monopol des US-Dollars.

Kurzum (generalisierend formuliert): Die USA-Politik der Regierung Kohl war – wie diejenige der Vorgänger-Regierungen – eine Funktion des internationalen Systems. Systemische und subsystemische Veränderungen erklären die Modifizierungen der deutschen USA-Politik.

### **Peter Hermes:**

Die Ära Kohl beginnt in der Vorstellung der Zeitgeschichte im Jahre 1982, aber die Ära Kohl ist nicht ex nihilo entstanden. Es gibt eine Kontinuität der Politik, und hier geht es ja um Außenpolitik, wo es sicher mehr Kontinuität gibt als in der Innenpolitik. Helmut Kohl ist also bei seinem Amtsantritt in eine Situation hineingekommen, die er verändert hat, aber die er nicht grundlegend hat verändern können. Sein Außenminister war, wie man weiß, Hans-Dietrich Genscher, der schon seit 1974 deutscher Außenminister war, also schon acht Jahre, bevor das Gespann Kohl/Genscher die Regierungsführung in der Außenpolitik übernommen hat. Nach dem Grundgesetz führt ja jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich eigenständig, und das hat Außenminister Genscher auch immer wörtlich genommen. Also, die Außenpolitik Kohls in dieser Zeit ist auch eine Außenpolitik Genschers; ich glaube, das hat Herr Wirsching sehr klar gesagt, dass man hier Nuancen und auch Unterschiede machen kann, aber die überwiegenden Entscheidungen der Außenpolitik gemeinsam und einvernehmlich getroffen worden sind. Noch eine Bemerkung: Weil ich dem Auswärtigen Amt und der Außenpolitik schon sehr viel länger verbunden war, als erst seit 1982, komme ich mir vor wie eine Art Prähistoriker. Deshalb möchte ich etwas weiter zurückgehen. Die 70er Jahre waren ganz entscheidende Jahre für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, es gab

damals Spannungen, aber sehr viel mehr Übereinstimmungen, die sich dann in den 80er Jahren fortgesetzt haben.

Das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter ist bekanntlich als stets gespannt oder sogar als eine Phase ständigen Zwistes dargestellt worden. So war das natürlich nicht. Die mochten sich persönlich nicht; aber wer in der Politik oder in der Außenpolitik kann sich schon immer mögen? Also, diese Einschätzung, bezogen auf die persönliche Kompatibilität, erscheint mir zu eng. Die beiden haben eine ganz wichtige Entscheidung gemeinsam getroffen, das war der NATO-Beschluss vom Dezember 1979, der sogenannte NATO-Doppelbeschluss, den Carter als der amerikanische Präsident natürlich in erster Linie zu tragen hatte. Denn die Folgen dieses NATO-Beschlusses betrafen ja in erster Linie die Vereinigten Staaten. Ihnen war aufgegeben worden, mit der Sowjetunion zu verhandeln, und es kam schließlich unter Präsident Ronald Reagan zu der berühmten Null-Null-Lösung: Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa und Nichtstationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (Cruise Missiles und Pershing II). Dieser NATO-Doppelbeschluss ist sehr wesentlich von Schmidt konzeptionell vorbereitet worden, aber dann eben mit dem amerikanischen Präsidenten Carter im Dezember 1979 gefasst worden. Er hat die Entwicklung der 80er Jahre bei uns sehr entscheidend mitbestimmt. Das wollte ich sagen zur Vorgeschichte der Ära Kohl.

Zu den verschiedenen Kreisen der Außenpolitik müsste man zu dem europäischen, atlantischen und dem Verhältnis zur Sowjetunion eigentlich seit den 60er Jahren auch den Kreis der Dritten Welt hinzurechnen, denn seit der UNCTAD I 1964 ist die Dritte Welt – man muss sie als eine Einheit nehmen – ein Faktor der Weltpolitik geworden und hat unsere internationalen Beziehungen und unsere Außenpolitik mitbestimmt. Und die Dritte Welt ist ja mit einem Paukenschlag mit der Ölkrise von 1973 in die Weltgeschichte eingetreten. Ich habe dieser Tage in meinen Notizen nachgelesen, wonach sowohl Henry Kissinger als auch Helmut Schmidt von dem größten historischen Ereignis der Nachkriegszeit gesprochen haben. Den größten Verwerfungen der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg ist also eine Entscheidung der OPEC vorausgegangen, die sozusagen die größten Mächte aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Das Wirtschaftliche kommt häufig in der Außenpolitik und auch in der Betrachtung der Historiker etwas zu kurz. Es sei denn, es wird nur zum Thema der Außenpolitik gemacht, was auch falsch wäre. Aber diese Ölpreiserhöhung, die in einem Jahr den Ölpreis vervierfacht hat, hat natürlich zu einer Rezession in Europa und in Amerika zu schweren Verwerfungen geführt und das Atlantische Bündnis und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und Frankreich auf eine harte Probe gestellt. Es war eine große Erschütterung – ein Erdbeben in der Nachkriegszeit, die der Ära Kohl zwar vorherging, aber ihre weiten Schatten warf.

In dieser Erdölkrise hat der amerikanische Außenminister Kissinger 1974 die Europäer nach Washington zu einer Energiekonferenz eingeladen, wo es – ich war dabei – zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Kissinger und Michel Jobert, dem französischen Außenminister, kam und auch zwischen Walter Scheel, dem deutschen Außenminister, und Jobert. Da stand Frankreich gegen die Acht, die Neun waren alle dort zugegen in Washington. Acht standen auf der Seite Kissingers mit seiner Vorstellung, dass die Verbraucherländer sich organisieren müssten, und Jobert stand dagegen. Kissinger hat die ganze Macht der USA ausgespielt, um schließlich zu einer Internationalen Energieagentur zu kommen, die im Herbst 1974 in Paris aus der Taufe gehoben wurde, gegen Frankreich und ohne Frankreich. Wir haben zwar in der Außenpolitik immer behauptet, dass wir uns nicht vor die Alternative USA – Frankreich stellen lassen. Aber wir standen davor, mehr als einmal, und haben uns dann in der Regel für die Vereinigten Staaten entschieden. Wir haben die französische NATO-Politik, die französische Energiepolitik, die französische Nord-Süd-Politik und den Nord-Süd-Dialog nicht mitgemacht.

Es klingt sehr gut, wir lassen uns nicht vor die Alternative stellen, aber wenn man die Alternative nicht umgehen kann, muss man sich entscheiden, und wenn es um das existenzielle Grundverhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten ging, dann haben wir uns auf die Seite der Vereinigten Staaten gestellt. Charles de Gaulle und sein Nachfolger Georges Pompidou standen nämlich in der Europapolitik auf dem eigentümlichen Standpunkt, man könne die Einigung Europas, und dies ist ja der eine große Kreis unserer Außenpolitik, nicht mit den Vereinigten Staaten, sondern nur gegen die Vereinigten Staaten durchsetzen. Das war eine bewusste Konfrontationspolitik, um die Identität Europas zu schärfen und gegenüber den Vereinigten Staaten herauszustellen. Das haben wir nicht mitgemacht. Die Kunst der Diplomatie bestand darin zu behaupten, wir hätten keine Alternative zwischen Amerika und den USA, und so zu tun, als gäbe es nicht das Kunststück zu vollbringen, am Ende der Entscheidung für Amerika auch noch mit Frankreich in guten Beziehungen zu bleiben. Dieses diplomatische Kunststück haben wir mehr als einmal vollbringen müssen, und das wird uns auch in Zukunft wahrscheinlich nicht erspart bleiben.

Die 70er Jahre brachten in Deutschland innenpolitische Veränderungen, die sich zunächst in Stimmungen, aber dann auch in Aktionen ausdrückten und für die Außenpolitik nicht ohne Folgen blieben. Die sogenannte Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre mit anti-amerikanischer Stoßrichtung hat schwere Erschütterungen mit sich gebracht. Die größten Friedensdemonstrationen überhaupt haben in Deutschland stattgefunden. 1983 begleitete ich den amerikanischen Vizepräsidenten nach Krefeld zu einer 300-Jahr-Feier anlässlich der Auswanderung der ersten deutschen Siedler aus Krefeld nach Amerika. Im Hagel der Steine und unter den Schlägen der Knüppel ist der Konvoi von

Vizepräsident George Bush durch die Menge gefahren. Die Polizei war nicht mehr Herr der Lage; es war eine Demonstration für die Lage in ganz Deutschland. Außenminister Alexander Haig ist damals in Berlin ebenfalls in solche Demonstrationen hineingeraten. Als Reagan 1982 nach Berlin kam – ich flog mit ihm –, sollte der Konvoi von Tempelhof zum Charlottenburger Schloss durch die Straßen fahren. Das war nicht möglich, es musste im Hubschrauber gehen, weil die Straßen den Kämpfen der Polizei mit den Demonstranten ausgeliefert waren.

Diese innenpolitische Situation muss man sehen, um die ganze konfliktgeladene Situation in Deutschland zum Beginn der „Ära Kohl“ zu begreifen. Heute ist das eine geschichtliche Betrachtung, damals ging es aber soweit, dass selbst eine Behauptung von Golo Mann, wir lebten in bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen, von vielen ernst genommen wurde. So war es zwar nicht, aber wir waren in einer Situation, die doch großen Anlaß zur Sorge gab. Es war kein Wunder, dass in dieser Auseinandersetzung die Regierung auseinanderfiel, weil am Schluss Bundeskanzler Schmidt nur noch wenige Getreue in der SPD-Bundestagsfraktion hatte, die den Nachrüstungsbeschluss, der das Hauptangriffsziel der Demonstranten war, mit ihm verteidigten. Fast alle waren von der Fahne gegangen. Die Regierung brach zusammen, sicher auch aus wirtschaftspolitischen Gründen. Aber ich halte die außenpolitischen Gründe für wichtiger. Und dann hat Bundeskanzler Kohl bei seinem ersten Besuch in Amerika Ende 1982 klargemacht, dass er diesen Nachrüstungsbeschluss, so wie das sein Vorgänger Helmut Schmidt sich vorgestellt hatte, durchsetzen werde. Präsident Karl Carstens war 1983 in Washington zu einem Staatsbesuch, auch er hat versichert, wir werden stationieren. Tatsächlich war Ende 1983 alles bereit, amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu stationieren. Aber das durchzusetzen gegen einen so starken innenpolitischen Druck, der nicht nur in Deutschland war, war eine große Leistung – auch in Amerika gab es eine Friedensbewegung, die damals acht Millionen Menschen zählte.

Nicht zuletzt gab es auch Diskussionen in den Kirchen. Die katholische Kirche in Deutschland hat damals eine sehr wichtige Erklärung abgegeben über die moralische Rechtfertigung einer nuklearen Abschreckung gegen eine nukleare Bedrohung. Die amerikanische Bischofskonferenz hat dasselbe getan. Immerhin sprach die amerikanische katholische Bischofskonferenz für die größte christliche Kirche in den Vereinigten Staaten. Andere Religionsgemeinschaften sind nicht so weit gegangen. Sie haben gesagt, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen ist eine Reaktion auf eine nukleare Bedrohung auch nuklear erlaubt. Das heißt, hier ging ein tiefer Riss durch die westlichen Gesellschaften, so dass man nicht mehr davon ausgehen konnte, dass die Außenpolitik die innenpolitischen Strömungen kanalisieren und zähmen konnte. Und dann kam Kohl und hat gesagt: Ich ziehe das durch. Er war überzeugt,

er würde es schaffen. Und er hat den Mut gehabt, im Frühjahr 1983 wählen zu lassen, das war auch eine schwierige verfassungsrechtliche Operation. Mit seinem Mut hat er gewonnen, und das war, nach meiner Überzeugung, ein Durchbruch im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Denn jetzt sagten die Amerikaner, wir können uns wieder auf die Deutschen verlassen; dieser Bundeskanzler setzt sein politisches Schicksal auf die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses und ein entsprechendes Ergebnis der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Wir waren ja selbst keine Verhandlungspartner in diesem Geschäft, das machten die Amerikaner mit den Russen. Aber die Amerikaner waren sicher, dass der deutsche Bundeskanzler und auch die Mehrheit des Bundestages hinter ihnen standen. Und das war die Voraussetzung für die Null-Null-Lösung und den Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus Europa und, nach meiner Einschätzung, für den Zusammenbruch des sowjetischen Systems.

### **Joachim Bitterlich:**

Nach den Ausführungen von Peter Hermes könnte ich nahtlos fortsetzen mit konkreten Erlebnissen aus der Zeit. Ich will der Versuchung aber widerstehen. Dem, was Herr Prof. Wirsching ausgeführt hat, kann ich ebenfalls weitgehend zustimmen. Daher will ich den Bogen von 1982 bis 1998 spannen und zuerst nur die Stichworte nennen: Erstens von der endgültig scheinenden Teilung unseres Vaterlandes und Europas, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Wiedervereinigung Europas und gleichzeitig dem Hineinwachsen Deutschlands und Europas in eine neue Verantwortung. Zweitens will ich erinnern an die Zerreißprobe um die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa, die permanente Konfrontation zwischen Ost und West bis hin zur Abrüstung und Wiedervereinigung ganz Europas und drittens an die Eurosklerose und die Wiederbelebung der europäischen Integration bis zum Euro.

Wenn Sie diese 16 Jahre sehen und auf die andere Seite des Atlantiks blicken, so hatte es Helmut Kohl mit drei völlig unterschiedlichen Persönlichkeiten zu tun. Ich will der Versuchung widerstehen, jetzt in Ronald Reagan hineinzuleuchten, der auch für einen Helmut Kohl ein schwieriger, nicht immer leichtzunehmender Partner war, dessen Bedeutung aus meiner Sicht aber für das gesamte Ost-West-Verhältnis heute noch weitgehend unterschätzt wird, auch in der Literatur. Die zweite Persönlichkeit war George Bush, der sich im Grunde für uns als der Idealfaktor erwies im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Ohne ihn wäre sie nicht möglich gewesen, sagen wir es laut, auch ohne Michail Gorbatschow auf der anderen Seite genauso, und schließlich Präsident Bill Clinton, der im Grunde zu Kohl nicht gegensätzlicher sein konnte, mit dem aber eine wirklich herzliche Freundschaft entstanden ist, die bis dahin



ging, dass die beiden sich nicht nur über wesentliche außenpolitische Themen, sondern bis hin zu innenpolitischen Themen austauschten. Letztlich, ich sage mal, ist Kohl als „väterlicher Freund“ zu bezeichnen, als der Ältere, der für Clinton regelmäßig zu einem Ratgeber wurde. Auf der anderen Seite ist François Mitterrand zu sehen, der ja seinen ganz erstaunlichen Weg machte, und schließlich Margret Thatcher.

Ich versuche mich zu konzentrieren auf die Jahre nach 1990, weil ja vorher vieles bereits bekannt ist. Post 1990 ist zu nennen, die NATO-Erweiterung und die EU-Erweiterung nach dem Motto: Halb zog sie ihn halb sank er hin. Wir brauchten Zeit, drei Jahre, bis wir uns wirklich gefangen hatten und ein Gleis, einen Weg, einen Kompass gefunden haben für die Erweiterung der EU wie auch für die Erweiterung der NATO. Ich will hier die provokative These wagen: Vielleicht wäre eine NATO-Erweiterung, die die Amerikaner ab 1990 zunächst gar nicht anstrebten, in andere Bahnen gelaufen, wenn die Europäer sich ihrem Traum der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik damals entschiedener genähert hätten. Was sie nicht geschafft haben. Aber zunächst gab es keine Prioritätensetzung.

Post 1990 bedeutet schließlich auch – und da will ich einer These widersprechen, die ich allzu häufig lese im deutschen Blätterwald, auch von professoraler Seite – das Hineinwachsen Deutschlands in Verantwortung und in ein größeres Engagement. Das hat sich z.B. geäußert in der gesamten Politik gegenüber Rußland, und ich füge hinzu, auch gegenüber der Ukraine, die in diesem Zusammenhang häufig vergessen wird. Nehmen Sie alleine die deutschen Hilfsleistungen an Rußland, die weit über das hinausgingen, was andere aus dem Westen geleistet haben, und auch gegenüber der Ukraine, wo wir weitestgehend allein standen als Deutsche in Europa, auch im Westen insgesamt, wo die Amerikaner zwar Sprüche machten, in Wahrheit aber kaum etwas taten. All das hat weitgehend die Handschrift von Helmut Kohl getragen. Den Balkankonflikt sehe ich auch unter diesem Zeichen eines langsamen Hineinwachsens in mehr Verantwortung, so dass letztlich die volle Beteiligung Deutschlands im Kosovo-Konflikt der letzte Punkt einer Kette war, die ohne die Zeichen, die Zwischenschritte der 90er Jahre gar nicht möglich gewesen wäre.

Es hat sich ein bemerkenswert partnerschaftliches Verhältnis in den 90er Jahren zwischen den USA und der Regierung Helmut Kohl entwickelt, wobei ich dem Ausdruck zustimme: *partnership in leadership* oder *leadership in partnership*, was für mich immer etwas missverständlich war. Denn Deutschland war nicht der Stellvertreter Europas für die Amerikaner, sondern war in gewisser Weise einer der drei wesentlichen Partner Amerikas in Europa. Unterschätzen Sie bitte nicht die Bedeutung der Franzosen in den USA bei allen Unterschieden, die immer wieder latent vorhanden waren und immer wieder hochkochten, die zu gewissen Entscheidungen führten, die aber trotzdem,

wenn es ernst wurde, letztlich immer dazu führten, dass die Franzosen wirklich mitzogen.

Aber Deutschland hat schon in den 90er Jahren Stück für Stück mehr Verantwortung übernommen. Denken Sie z.B. an den Balkan-Konflikt, wir können das in der Kürze der Zeit jetzt nicht beleuchten. Die innenpolitische Lage im Jahr 1991 war, dass wir rund 700.000 so genannte Gastarbeiter und über 300.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien im Lande hatten. Der ungeheure innenpolitische Druck, der davon ausging, nicht zuletzt auch von Seiten der katholischen Kirche, ist ein Faktum, das sehr unterschätzt wird. Wir haben verzweifelt nach einem Weg gesucht, diesen Konflikt zu beenden, und wir haben damals als Ausweg nur die Befassung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates gesehen. Vielleicht war es naiv aus der heutigen Sicht, dass wir daran glaubten, aber es war für uns der einzige Weg zu einer Lösung, und der Weg zur Anerkennung musste über die Staatengemeinschaft führen – im Gegensatz zu allen Sprüchen, die ich heute immer noch höre. Es war eben kein deutscher Alleingang damals, sondern er ist letztlich im Rahmen der EU im Einvernehmen, im Außenministerrat erfolgt.

Ich meine, Deutschland ist in den 90er Jahren Stück für Stück zu einer Art *primus inter pares* geworden. Es ist, das kann man ruhig sagen, in europäische, aber auch in internationale Verantwortung hineingewachsen. Sie hat sich nicht nur in Europa gezeigt, in Bezug auf die Erweiterung der europäischen Union, sondern auch über Europa hinaus, beispielsweise im Nahen Osten, auch in der zunehmenden internationalen Umweltpolitik, so dass man sagen kann, 1998 war Deutschland ein völlig normaler Führungspartner in der internationalen Politik geworden, natürlich neben der einzig verbleibenden Weltmacht Amerika.

### **Bernd Wilz:**

Vorab eine kurze Anmerkung – auch ich stimme Botschafter a.D. Hermes insoweit zu: Man kann Politik nicht völlig isoliert allein aus einer Zeit betrachten; und sicher hatten die 60er, 70er Jahre ihren Einfluss auf spätere Entwicklungen. Aber mit dem Amtsantritt von Helmut Kohl ist ohne Frage eine klarere Betonung und eindeutige oder zumindest stärkere Wertigkeit auf bestimmten Politikfeldern einhergegangen; und ich glaube, wir haben deutlich gemacht, dass für uns in der Ära Kohl die transatlantischen Beziehungen und die NATO das Herzstück deutscher Außen- und Sicherheitspolitik waren.

Die Kernaufgabe für Helmut Kohl war eben, Frieden in Freiheit zu sichern. Heute reden die Leute meistens nur noch von Frieden, aber nicht von Frieden in Freiheit. Natürlich war der NATO-Doppelbeschluss von Helmut Schmidt eine wichtige Voraussetzung für den Stationierungsbeschluss. Aber den Stationierungsbeschluss zu fassen und umzusetzen gegen den Widerstand von

Millionen, das war eben das Kunststück. Und damit zeichnete sich Helmut Kohl an Glaubwürdigkeit, an Zuverlässigkeit und an Prinzipientreue sowohl in Deutschland als auch im internationalen Vergleich aus, gerade auch im Verhältnis zu den Amerikanern. Gleichzeitig konnte mit der Durchsetzung des Beschlusses ein Umdenken in der Sowjetunion eingeleitet werden. Mit dem Stationierungsbeschluss – da sind wir, glaube ich, auch einer Meinung – ist die Grundlage geschaffen worden, um überhaupt Glasnost, Perestroika oder Neues Denken zu erreichen. Und bei Ronald Reagan hat es dazu geführt, dass die Deutschen mit den Briten auf Augenhöhe akzeptiert wurden, was vorher nicht so war.

Und im Übrigen ist richtig, was hier vorhin gesagt wurde, dass wir uns an SDI eigentlich nur, aber immerhin forschungspolitisch beteiligt haben – das gilt sogar für eine Reihe deutscher Firmen. Aber es war eben eine große Vision, die die Sowjets auch durch den zu erwartenden bzw. eintretenden spin-off der Forschungen und Entwicklungen von weltweit über 800 beteiligten Firmen herausforderte, so dass SDI parallel zum Stationierungsbeschluss eine erhebliche Rolle damals spielte. Ich selbst habe im Sommer 1985 in Los Alamos in New Mexiko erlebt, mit welcher Begeisterung Ingenieure und Techniker von vielen Hundert amerikanischen Unternehmen an SDI forschten.

Wir haben uns in den 80er Jahren mit den Amerikanern zunehmend militärisch abgestimmt; ich erinnere an die ganzen Übungen, die wir in den Vereinigten Staaten selbst durchführten, bei denen wir uns beteiligten oder erstmalig zugelassen wurden. Auch haben wir überlegt, was man an Systemen gemeinsam entwickeln könnte. Vor allem war es unser Ziel, bei der Wehrtechnik eine deutsch-amerikanische Kooperation aufzubauen oder wenigstens eine Zweibahnstraße zu erreichen. Manfred Wörner wurde 1988 Generalsekretär der NATO. Und es gab eigentlich wenig Symbolischeres, als dass er bei der Wehrkundetagung damals in München zwar drei Minuten auf Deutsch begrüßte, sonst aber Englisch sprach. Das war eine Verbeugung vor der NATO und damit auch vor den Amerikanern.

Helmut Kohl hat in seiner Regierungszeit diese Kernaufgabe „Frieden in Freiheit“ verbunden mit – wie ich es sehe – vier wesentlichen politischen Aufgaben und Umsetzungen, weil er nie nur abstrakt dachte, sondern immer auch versuchte, praktische Politik zu gestalten. Da war erstens die politisch-ausgewogene Balance mit Washington und Paris. Natürlich gab es das nicht 1:1, das wäre ja auch widernatürlich gewesen. Aber es kam darauf an, dieses Europa zu stärken und zwar nicht isoliert, sondern als europäischen Sicherheitspfeiler in der NATO. Dann die Fortentwicklung der WEU hin zur EU, die GASP und EVSP und alles, was noch faktisch hinzu kam, die deutsch-französische Brigade, das Eurokorps, ich will das hier nicht alles im Einzelnen beleuchten. Die Franzosen entwickelten sich Ende der 80er Jahre wieder mehr in Richtung NATO, nicht dass sie wieder Vollmitglied wurden, aber sie en-

gagierten sich eindeutig mehr als früher. Sie gingen in Gremien, sie äußerten sich wieder. Sie ließen ihre Nuklear-Raketen nicht mehr auf deutschen Boden gerichtet, sondern haben sie anders positioniert. Da passierte also eine Menge. Gleichzeitig haben wir damit, dass wir beides – USA–NATO, aber eben auch WEU–EU–Frankreich – forcierten, bei den Briten ein gewisses oder scheinbares Misstrauen ausgelöst, was sie zu dem Versuch veranlasste, ihre Beziehungen zu den USA zu stärken und gegen uns auszuspielen; das muss man ganz klar sehen. Und deshalb mussten und wollten wir immer wieder eine ausgewogene Balance herstellen; ich meine mit gutem Erfolg, was sich auch später positiv ausgewirkt hat.

Das Zweite war, Frieden schaffen mit weniger Waffen. Das hatte Helmut Kohl zu seinem politischen Credo gemacht. Und das ist gelungen, natürlich nicht durch Deutschland allein, sondern im Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Der größte Abrüstungsprozess in der Geschichte der Menschheit ist Mitte/Ende der 80er Jahre eingeleitet worden. Wichtig für das Klima in Deutschland waren auch eigene Beiträge für unser Land selbst, so zum Beispiel, dass wir – einige Kollegen aus dem Verteidigungsbereich und ich als Sprecher – vorschlugen, die Mindestflughöhe bei Tiefflügen von 500 auf 1.000 Fuß zu erhöhen. Und tatsächlich sind auch die Tiefflug-Areas, es gab sieben, de facto abgeschafft worden; nicht de jure, aber de facto. Das waren seinerzeit wichtige Fragen, die Helmut Kohl persönlich am Telefon mit dem amerikanischen Präsidenten abklärte. Oder der Verzicht auf die Personenminen in den 90er Jahren. Oder das Abschaffen taktisch-nuklearer Einsatzmittel, nämlich dass wir die Artillerie überhaupt nicht mehr als atomare Gefechtsfeldwaffe vorsehen konnten. Oder bei der NATO-Verfahrensübung WINTEX im Februar/März 1989 – ich war als Oberstleutnant d.R. und Kommandeur des Artilleriekommandos des 1. Korps eingesetzt – sollten ursprünglich zum Schluss drei „nukleare“ Deutschüsse über der Letzlinger Heide jenseits der innerdeutschen Grenze „eingespielt“ werden; das führte bekanntlich zu dem politischen Streit, ob atomare Einsatzszenarios wenn auch nicht real, so doch theoretisch – symbolisch über der ehemaligen DDR, also auf deutschem Boden – von der NATO überhaupt weiter „geübt“ werden sollten. Die Lösung ist bekannt.

Das muss man alles betrachten, das waren überaus erfreuliche Entwicklungen, bedeutsame politische Entscheidungen; und dasselbe galt dann natürlich für die Reduzierung der Wehrpflicht sowie des Umfangs der Bundeswehr von 495.000 auf 456.000 Soldaten am Ende der 80'er Jahre. Ich kann wegen der Kürze der Zeit naturgemäß gar nicht alles darstellen.

Das Dritte war, dass Bundeskanzler Dr. Kohl die Initiative ergriff und mit vielfältigen vertrauensbildenden Maßnahmen die erste und wohl auch einmalige Chance zur deutschen Einheit nutzte, und das unter dem NATO-Dach und bei voller Souveränität. Ich war noch mit Kollegen etwa zwei Monate vor

Kohls entscheidendem Treffen mit Gorbatschow in Moskau; und die Berater des sowjetischen Präsidenten, mit denen wir sprachen, hielten uns eher für „ein bisschen verrückt“ oder „Phantasten“, als wir davon redeten, dass die Einheit unter dem NATO-Dach vollzogen werden sollte.

Das ist eine riesengroße politische Leistung gewesen, die nur mit amerikanischer Unterstützung zu machen war; und Sie wissen, François Mitterrand wollte verzögern, Margret Thatcher wollte sogar alles vereiteln und auf Nimmerwiedersich „über den Jordan“ gehen lassen. In diesem Zusammenhang wird ja oft der berühmte Satz zitiert, den Helmut Kohl sinngemäß zu Frau Thatcher gesagt haben soll: „Gnädige Frau, Sie leben offensichtlich noch vor Winston Churchill; ich lebe, denke und handle nach Churchill.“ Das machte den „kleinen“ deutsch-britischen Unterschied dann auch aus. Trotz alledem sind wir zum Zwei-plus-Vier-Vertrag gekommen, zur Auflösung des Warschauer Pakts in zwei Schritten, 1990 militärisch und ca. ein Jahr später politisch, und schließlich zum Abzug aller sowjetischen Truppen aus praktisch ganz Europa. Gleichzeitig haben wir das Allied Rapid-Response-Corps in der NATO aufgebaut und die drei deutschen Korps bi- oder multinational auf bzw. umgestellt. Wir haben das vertrauensbildend begleitet mit der Umgestaltung der KSZE zur OSZE und der Partnerschaft für den Frieden, mit dem NATO-Rußland-Rat und mit der NATO-Ukraine-Charta. Auch die Erweiterung der NATO um zunächst Polen, Tschechien und Ungarn ist mit Blick auf den Wandel in Europa und der Welt sowie entsprechend unserer Interessenlage durch die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung initiiert und dann erfolgreich umgesetzt worden. Ich habe in Amerika relativ frühzeitig dazu sprechen müssen; die haben mich teilweise angeschaut, als ob ich von einem anderen Stern gekommen wäre. Die Bundeswehr ihrerseits wurde entsprechend dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der bis zu 370.000 deutsche Soldaten im Frieden zulässt, und den politischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen auf 330.000 zurückgeführt; die Wehrpflicht schließlich wurde auf zehn Monate – erneut – reduziert.

Lassen Sie mich heute abschließend noch den vierten Punkt ansprechen: Das ist die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung und Verpflichtung, was Helmut Kohl sicherlich nicht zuletzt als Konsequenz der deutschen Einheit sah. Zu erinnern ist dabei auch an das Angebot der USA an das geeinte Deutschland zu „partnership in leadership“, wie es George Bush sen. seinerzeit ausdrückte. Allerdings waren wir, was die Vorbereitung und Durchführung des Golf-Krieges Anfang 1991 zur Befreiung Kuwaits anging, damals vor allem politisch, aber wohl auch faktisch noch nicht in der Lage, unmittelbare militärische Beiträge zu leisten. So musste sich Deutschland im Wesentlichen auf Geldzahlungen für die Truppensteller beschränken – immerhin: eine Verstärkung der in der Türkei stationierten Luftwaffen kam ebenso hinzu wie „kostengünstige“ Lieferungen an Israel, vom defensiven Großgerät bis zu

ABC-Schutzmasken für die Bevölkerung. Auch waren die finanziellen oder sonstigen Mittel, die wir im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und dem Abzug der sowjetischen Soldaten – bis hin zum Bau neuer Unterkünfte und Siedlungen – an Russland zu leisten hatten, enorm. Nicht unerwähnt bleiben sollte hier unsere verständliche Unterstützung für Ungarn und andere ehem. Ostblockstaaten. Dies aber führte dazu, dass Deutschland naturgemäß nicht alle Wünsche und Hoffnungen „schultern“ konnte. Auch waren „auf dem Weg zu mehr Normalität“ nationale und internationale Gefühle und Befindlichkeiten ebenso zu berücksichtigen wie die mit der Out-of-Area-Problematik einhergehenden unterschiedlichen Vorstellungen im Bundestag. Klarheit brachte dann die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994. Dies alles gab Helmut Kohl Recht, zusätzliche internationale Verantwortung vorsichtig abgewogen und schrittweise zu übernehmen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch erinnern an den Sanitätseinsatz in Kambodscha oder die Minen-Suchoperation im Golf; dann kam Somalia, Kroatien/Bosnien-Herzegowina, die Beteiligung der deutschen Luftwaffe mit ECR- und Aufklärungs-Tornados sowie mit AWACS, nur um die damalige Entwicklung zu skizzieren. Damit hatte Deutschland einen entscheidenden Schritt getan, was vorher nicht möglich war. Wir wollten aber eben auch nicht zum Problem eines Krieges werden, wie das im ehemaligen Jugoslawien hätte eintreten können. Ohne dass ich jetzt die Problematik der französischen und britischen Interessen auf dem Balkan, die noch auf die beiden Weltkriege zurückgingen, hier näher beleuchten möchte, das alles waren für die deutsche Politik schwierige Fragestellungen. Aber ich glaube, sie sind hervorragend gelöst worden. Dazu zählt noch vieles andere wie die Evakuierung aus Tirana, der Aufbau unserer Krisenreaktionskräfte und des KSK-Kommandos, das den Spezialkräften die Möglichkeit gibt, auf besondere Situationen und Krisen angemessen und erfolgreich reagieren zu können.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen: Ich finde, dass die Zeit Kohl eine große Erfolgsgeschichte für Deutschland gewesen ist, und dass wir in diesen Jahren – auch und gerade an der Seite der USA – wichtige Schritte in Richtung globaler Verantwortung gegangen sind und seither eine anerkannte internationale Rolle auf Augenhöhe spielen können.

Ein abschließendes Wort noch zu Bill Clinton: Sicher hat der Bundeskanzler ihm – wie hier gesagt wurde – „väterlichen“ Ratschlag gegeben, aber Clinton konnte sich den Verdiensten von Helmut Kohl als Staatsmann auch gar nicht entziehen. Helmut Kohl galt eben bis zum Ende seiner Dienstzeit und darüber hinaus als der bedeutendste Staatsmann der damaligen Zeit. Und dieses Verdienst kann ihm auch heute keiner nehmen.